

# Untersuchungs- ausschussrecht

Länder und Bund

von

Dr. Butz Peters

Rechtsanwalt, Dresden

2. Auflage

  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

  
C.H.BECK

# beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

[www.beck.de](http://www.beck.de)

ISBN 978 3 406 71960 8

© 2020 Verlag C.H. Beck oHG  
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck: Druckhaus Nomos,  
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Textservice Zink, 74869 Schwarzach



[chbeck.de/nachhaltig](http://chbeck.de/nachhaltig)

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

## Vorwort

Entgegen immer wieder zu vernehmender Unkenrufe sind parlamentarische Untersuchungsausschüsse kein stumpfes Schwert – und erst recht keine neuzeitliche Form des Hornberger Schießens. Seit Jahrzehnten leisten sie wesentliche Aufklärung für das politische und zeitgeschichtliche Bewusstsein der Gesellschaft. Zumeist operieren sie am Pulsschlag der Zeit. Ausschüsse des Bundestages untersuchten technische Manipulationen von Kraftfahrzeugkonzernen („Abgas“), Terroranschläge und die deutsche Sicherheitsarchitektur („NSU“, „Amri“), raffinierte Steuergeschäfte („Cum/Ex“), Durchstechereien im Staatsapparat („Edathy“) und die klandestine Telekommunikationsüberwachung von Bundesbürgern durch „Freunde“ (NSA). Wichtige Kapitel, die mittlerweile kollektive Erinnerung sind, konnten nur geschrieben werden, weil die Erkenntnisse Untersuchungsausschüsse zu Tage gefördert hatten. Beispielsweise bei den Themen Parteispenden, Kommerzielle Koordinierung („Schalck-Golodkowski“), Flick, Neue Heimat, Kunduz und Gorleben. Und zahlreiche Einsetzungsbeschlüsse für Untersuchungsausschüsse waren der Anfang vom Ende der Karrieren von Ministerpräsidenten, Ministern, Ministerialbeamten und Managern.

Das Untersuchungsausschussrecht ist ein komplexes Konglomerat aus Strafprozess- und Verwaltungsrecht, aus Parlaments- und Staatsorganisationsrecht sowie der Schlüsselfrage, wie weit der Grundrechtsschutz des Bürgers reicht, wenn ein Parlament Aufklärung fordert. Zerklüftet sind die sieben deutschen Untersuchungsordnungen. In jedem Bundesland sind die gesetzlichen Regelungen andere. Und auch das PUAG, das Untersuchungsausschussgesetz des Bundes, ist ein Unikat.

Die Unterschiede stets im Auge, folgt die Darstellung dem Gang der parlamentarischen Untersuchung. Die sechs Abschnitte schildern, wie der Ausschuss vom Parlament einzusetzen und sein Untersuchungsauftrag zu formulieren ist, nach welchen Regeln er arbeitet, wie er Beweise zu erheben hat und wie das Verfahren endet. Neu in dieser Auflage ist der Abschnitt über das Kostenrecht. Ein besonderes Augenmerk liegt auf den Rechtsschutzmöglichkeiten. Vorangestellt sind im ersten Abschnitt die Eigentümlichkeiten des Untersuchungsrechts, insbesondere auch die Rolle der „qualifizierten Minderheit“.

Geschrieben ist das Buch für alle, die mit der Praxis des Untersuchungsrechts zu tun haben: Die Wissenschaftlichen und Juristischen Dienste der Parlamente, Fraktionen, Abgeordnete und deren Berater, Ausschusssekretariate, Regierungsvertreter, von der Untersuchung Betroffene, Zeugen und deren Rechtsberater, Verfassungs-, Verwaltungs- sowie Strafrichter. Und natürlich Journalisten. Ohne sie hätten die Ausschüsse nicht die Bedeutung erlangt, die sie heute in unserem Land besitzen.

Dresden, im Januar 2020

Butz Peters

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Abkürzungsverzeichnis .....	XIX
Literaturverzeichnis .....	XXV

## A. Einführung

<b>1. Kapitel. Was macht ein Untersuchungsausschuss?</b> .....	1
I. Verfassungsrechtliche Bedeutung .....	1
II. Politische Bedeutung .....	3
III. Der Untersuchungsausschuss im Gefüge der parlamentarischen Informationsbeschaffung .....	7
IV. Organschaftliche Stellung .....	9
V. Diskontinuität .....	11
VI. Untersuchungsausschuss-Typen .....	13
1. Minderheits- und Mehrheitsenquete .....	13
2. Thematische Unterscheidungen .....	15
<b>2. Kapitel. Entwicklung des Untersuchungsausschussrechts</b> .....	19
I. Weimarer Republik .....	19
II. Bundesrepublik .....	20
1. Grundgesetz .....	20
2. Landesverfassungen .....	22
3. Untersuchungsausschussgesetze .....	23
a) Bund .....	23
b) Länder .....	27
<b>3. Kapitel. Die Rechte der Minderheit</b> .....	31
I. Bedeutung .....	31
II. Einsetzungsebene .....	32
1. Quorum .....	32
2. Störmanöver .....	32
III. Durchführungsebene .....	34
1. Störmanöver .....	34
2. Verfassungsrechtlicher Ausgangspunkt .....	35
3. Die geschützte Minderheit .....	36
4. Gesetzliche Regelungen .....	37
5. Fallgruppen Minderheitsschutz .....	38
a) Beweisbeschlüsse .....	38
b) Vollzug von Beweisbeschlüssen .....	39
c) Sitzungserzwingung .....	42
d) Zwangsmittel .....	44
e) Rechtsmittel .....	45
f) Protokolle .....	45
g) Verfahrensende .....	46
h) Bericht .....	47
i) Weitere Fälle .....	47
6. Ablehnungsgründe .....	48
7. Entscheidung des Ausschusses .....	48

## Inhaltsverzeichnis

8. Durchsetzung des Minderheitsrechts	49
a) Rechtsweg	49
b) Prüfungsmaßstab	49
IV. „Untersuchungsrecht“ ohne qualifizierte Minderheit	50
<b>B. Einsetzung des Untersuchungsausschusses</b>	
<b>4. Kapitel. Einsetzungsvoraussetzungen</b>	55
I. Parlamentarische Kontrollkompetenz	56
1. Zuständigkeit des Parlaments	56
a) Verbandskompetenz	57
aa) Bundestag	57
bb) Landesparlamente	60
b) Organkompetenz	62
aa) Gewaltenteilung: Exekutive	62
(1) Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung	62
(a) Die Abgeschlossenheit – Reichweite der Kontrollkompetenz	64
(b) Vorgang: „laufend“ oder „abgeschlossen“?	65
(c) Kontrollkompetenz bei abgeschlossenen Vorgängen	66
(2) Gewährleistung einer funktionsgerechten und organadäquaten Aufgabenwahrnehmung	68
bb) Gewaltenteilung: Judikative	68
(1) Funktionsbeeinträchtigung	68
(a) Unabhängigkeit der Richter	68
(b) Laufendes Verfahren	70
(c) Voreingrifflichkeit	70
(2) Paralleluntersuchungen	71
(a) Straf- und Untersuchungsverfahren	71
(b) Aussetzung	73
cc) Schranken bei einzelnen Themen	74
2. Öffentliches Interesse	78
a) Bedeutung	78
b) Fehlendes öffentliches Interesse	79
3. Zusätzliche Voraussetzungen bei privatgerichteten Untersuchungen	81
a) Ausreichend gewichtiges öffentliches Interesse	82
aa) Der staatliche Bezug	83
bb) Grundrechtlich geschützte Positionen	85
cc) Öffentliches Interesse im Lichte grundrechtlich geschützter Positionen	85
b) Tatsächliche Anhaltspunkte	87
II. Formulierung des Einsetzungsantrags	89
1. Bestimmtheitsgebot	90
a) Bedeutung	91
b) Bestimmtheit	92
c) Beispiele	94
2. Tatsachenbehauptungen und Werturteile	95
a) Tatsachenbehauptungen	95
b) Werturteile	96
<b>5. Kapitel. Der Einsetzungsantrag im Parlament</b>	97
I. Der Antrag	97
1. Antrag der einfachen Minderheit	97
2. Antrag der qualifizierten Minderheit	98

## Inhaltsverzeichnis

3. Antrag der Mehrheit	100
II. Das Unverzüglichkeitsgebot	100
III. Änderungsmöglichkeit	101
<b>6. Kapitel. Der Beschluss über die Einsetzung</b>	<b>101</b>
I. Prüfungspflicht und Verwerfungskompetenz des Parlaments	102
II. Reaktionsmöglichkeiten der Mehrheit	103
1. Einverständnis	103
2. Ablehnung	105
3. Änderung	107
a) Minderheitsenquete	107
aa) Zustimmung der Minderheit	107
bb) Stilistische Änderungen	107
cc) Streichungen durch die Mehrheit	108
dd) Erweiterungen oder sonstige Veränderungen durch die Mehrheit	108
(1) Das Bepackungsverbot	108
(2) Regelungen in den Untersuchungsausschussgesetzen	109
(3) Zusatzfragen	111
ee) Nachträgliche Erweiterungen	114
(1) Durch die Minderheit	114
(2) Durch die Mehrheit	115
b) Mehrheitsenquete	116
<b>7. Kapitel. Rechtsschutz gegen den Parlamentsbeschluss über den Einsetzungsantrag</b>	<b>116</b>
I. Organstreit	117
1. Verletzung des Minderheitsrechts	117
a) Zulässigkeit	117
aa) Parteifähigkeit des Antragstellers	117
bb) Antragsbefugnis	117
cc) Richtiger Antragsgegner	119
dd) Antragsfrist und Antragsform	120
ee) Rechtsschutzbedürfnis	120
b) Begründetheit	122
c) Tenorierung	123
d) Einstweilige Anordnung	123
2. Andere Fälle	124
II. Individualrechtsschutz	125
1. Rechtsschutz	125
2. Rechtsweg und Klageart	126
3. Begründetheit	128
III. Konsequenzen bei rechtswidrigem Einsetzungsbeschluss	128
<b>C. Untersuchungsausschuss</b>	
<b>8. Kapitel. Zusammensetzung</b>	<b>129</b>
I. Spiegelbild und Proportionalität	129
II. Die Ausschussmitglieder	131
1. Bestimmung	131
2. Funktion	133
3. Ausscheiden	135
III. Die stellvertretenden Ausschussmitglieder	139
IV. Der Ausschussvorsitzende	139

## Inhaltsverzeichnis

1. Bestimmung	139
2. Funktion	140
3. Ausscheiden	143
V. Der stellvertretende Ausschussvorsitzende	144
VI. Beteiligung der Regierung	146
VII. Konsequenzen bei fehlerhafter Besetzung	147
<b>9. Kapitel. Verfahrensgestaltung</b>	<b>148</b>
I. Verfahrensgrundsätze	148
II. Konstituierung	151
III. Sitzungen	152
1. Beratungssitzungen	152
a) Anwesenheitsrecht	153
b) Ausschluss wegen Zeugeneigenschaft	157
2. Sitzungen zur Beweisaufnahme	160
a) „öffentliche Sitzung“	160
aa) Der Öffentlichkeitsgrundsatz	160
bb) Begriff „Öffentlichkeit“	161
cc) Ausschluss der Öffentlichkeit	161
dd) Ausschluss einzelner Personen	165
(1) Potentielle Zeugen	165
(a) Abwesenheitsgebot	165
(b) Kein Ausschlussrecht bei sachwidrigen Erwägungen	166
(2) Zum Zwecke einer wahrheitsgemäßen Aussage	169
ee) Ausschlussverfahren	169
ff) Wirkungen des Ausschlusses	170
gg) Rechtsschutz	171
b) Ordnungsgewalt	171
aa) Das sitzungspolizeiliche Instrumentarium	172
bb) Sitzungspolizei	172
cc) Sitzungspolizeiliche Anordnungen	172
dd) Sitzungsausschluss	173
ee) Ordnungsgeld	175
ff) Rechtliches Gehör	176
gg) Beschluss	176
hh) Rechtsschutz	176
IV. Beschlüsse	177
V. Protokolle	178
1. Erstellung	178
2. Weitergabe und Einsicht	179
3. Einsicht von Staatsanwaltschaften und Gerichten	181
4. Informationsfreiheitsgesetz	182
VI. Ausschusssekretariat	182
VII. Unterausschüsse	183
VIII. Obleutebesprechungen	183
IX. Der Ermittlungsbeauftragte	184
1. Bundestag	184
a) Bedeutung	184
aa) Funktion	184
bb) Untersuchungspraxis	185
cc) Abgrenzung	186
b) Bestellung	186
c) Rechtliche Stellung	188
d) Auftrag	189

## Inhaltsverzeichnis

e) Ermittlungen	190
aa) Funktion	190
bb) Sächliche Beweismittel	190
cc) Anhörungen	191
f) Bericht	192
g) Der Ermittlungsbeauftragte als Zeuge	193
h) Beendigung	193
2. Landtage	194
a) Einsatzvarianten	194
b) Einsatz ohne ausdrückliche gesetzliche Ermächtigung?	195
c) Einsetzung	197
X. Der Betroffene	197
1. Bedeutung	197
2. Untersuchungsordnungen mit Betroffenenstatus	197
a) Gesetzliche Regelungen	198
b) Der Betroffenenstatus	198
aa) Materiell	199
bb) Formell	199
c) Betroffenen-Rechte	201
aa) Anwesenheitsrecht	201
bb) Sachdarstellung	202
cc) Rechtliches Gehör vor Verfahrensende	202
dd) Unterrichtsanspruch	203
ee) Beweisantrags- und Fragerecht	203
ff) Protokoll- und Akteneinsichtsrecht	204
gg) Schweigerecht oder Zeugenpflicht?	204
hh) Erstattung der Kosten eines Rechtsbeistandes	205
3. Untersuchungsordnungen ohne Betroffenenstatus	206
4. Rechtsschutz	207
<b>10. Kapitel. Medienberichterstattung</b>	<b>208</b>
I. Bedeutung	208
II. Kapazitätssenge	208
III. Ton- und Bildaufnahmen	209
1. Regelungsmodelle	209
2. Regelungsgehalt	210
3. Regelungsinhalt	211
4. Sitzungspolizeiliche Anordnungen	212
IV. Nebenraum	215
V. Twittern und Bloggen	216
VI. UntersuchungsausschussTV	217
VII. Rechtsschutz	218
VIII. Äußerungsrechtliche Verantwortung	219
<b>11. Kapitel. Geheimschutz</b>	<b>219</b>
I. Bedeutung	219
II. Lecks	220
III. Geheimhaltungsgrundsätze im Untersuchungsverfahren	221
IV. Geheimhaltungsgrade	222
V. Beweismittel	223
1. Einstufung	223
a) Staatliche Geheimnisse	223
b) Private Geheimnisse	223
2. Konsequenzen	225



*Inhaltsverzeichnis*

VI. Sitzungen	227
1. Einstufung	227
2. Konsequenzen	228
3. Vermeidung Öffentlichkeitsausschluss	229
VII. Strafrechtlicher Geheimschutz	230
VIII. Ausschluss der Öffentlichkeit	231
IX. Vorlagepflicht	232
X. Erkundungsverfahren	233
XI. Sicherheitsbehörden	235
1. Bedeutung	235
2. Nachrichtendienste	236
a) Geheimhaltungsinteresse /. Informationsinteresse	237
aa) Geheimhaltungsinteresse der Exekutive	237
bb) Parlamentarisches Informationsinteresse	238
cc) Abwägung	238
dd) Verdeckte Quellen	239
ee) Mitarbeiter von Nachrichtendiensten	241
ff) Erkenntnisse	242
gg) Arbeitsmethoden	243
b) Zusammenarbeit mit ausländischen Nachrichtendiensten	243
3. Strafverfolgungsbehörden	244
4. Grenzen aufgrund des Untersuchungsgegenstandes	245
XII. Rechtsschutz	246

**D. Beweiserhebung**

<b>12. Kapitel. Rechtsgrundlagen</b>	247
I. Die Vorschriften	247
1. Reichweite der Verweisung	248
2. „Sinngemäße Anwendung“	248
3. Auslegung	250
II. Beweismittel	250
III. Grenzen des Beweiserhebungsrechts	251
1. Untersuchungsauftrag	251
a) Unwirksamer Einsetzungsbeschluss	252
b) Untersuchungsgegenstand	252
c) Die Zeitgrenze	253
2. Gewaltenteilungsprinzip	255
3. Staatswohl	256
4. Grundrechte	256
5. Rechtsmissbrauch	258
IV. Beweisverbote im Untersuchungsverfahren	258
1. Beweiserhebungsverbote	258
a) Beweisthemaverbot	258
b) Beweismethodenverbot	259
c) Beweismittelverbot	259
d) Konsequenzen bei Verstoß	260
2. Beweisverwertungsverbote	260
a) Verstoß gegen Beweiserhebungsverbot	260
b) Fehlende Untersuchungskompetenz	260
c) Rechtswidriger Einsetzungsbeschluss	262
d) Konsequenzen bei Verstoß	262

## Inhaltsverzeichnis

<b>13. Kapitel. Beweisantrag und Beweisbeschluss</b>	262
I. Beweisantrag	262
1. Antragsbefugnis	262
2. Hinreichende Bestimmtheit	263
3. Keine unzulässige Ausforschung	264
4. Wiederholter Antrag, Aufforderungsantrag und Antizipationsverbot	265
5. Struktur des Beweisantrags	266
II. Beweisbeschluss	266
1. Bedeutung	266
2. Muss-Beschluss	267
a) Quorum	267
b) Maßgeblicher Zeitpunkt	268
c) „Fristeinrede“	268
3. Beschluss über den Antrag	269
a) Ablehnungsgründe	269
aa) Verfassungsimmanente Beweiserhebungsgrenzen	269
bb) Im Untersuchungsausschussgesetz benannte Gründe	270
cc) Weitere Gründe	271
b) „Gebundene“ Entscheidung	272
c) Ablehnungsbegründung	273
4. Nachträgliche Änderungen	273
5. Vollzug	274
6. Rechtsschutz	275
a) Rechtsschutz der Minderheit	275
aa) Der Organstreit	275
bb) Abweichende Regelungen	277
(1) PUAG	277
(2) Länder	278
b) Individualrechtsschutz	279
<b>14. Kapitel. Akten und andere sächliche Beweismittel</b>	279
I. Einführung	279
1. Bedeutung der Akte	279
2. Allgemeine Grundsätze	280
II. Sächliche Beweismittel der Regierung und ihr nachgeordneter Einrichtungen	282
1. Vorlage	282
a) Bedeutung	282
b) Rechtsgrundlagen	282
c) Reichweite	283
d) Normadressat und Entscheider	284
e) Vorlagerelevanz	285
aa) „Akten“, „sächliche Beweismittel“ und „Unterlagen“	285
bb) Funktionale Betrachtung	286
f) Ablehnungsgründe	288
g) Rechtliches Gehör für den Betroffenen	291
h) Gleitender Schutzmaßstab	293
i) Ablehnungsbegründung	293
aa) Bedeutung	293
bb) Erforderliche Begründungstiefe	295
j) Besondere Vorschriften für die Vorlageverweigerung	296
k) Vorlage	296
2. Rechtsschutz	298

## Inhaltsverzeichnis

a) Parlament und Verwaltung	298
b) Private	300
III. Akten von Behörden eines (anderen) Landes	301
1. Amtshilfe	301
2. Rechtsschutz	303
IV. Gerichtsakten	304
1. Rechtsgrundlagen	304
2. Rechtshilfe	305
3. Verfassungsrechtlicher Vorlageanspruch	306
4. Rechtsschutz	307
V. Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaft	307
1. Rechtsgrundlagen	307
2. Ablehnungsgründe	308
3. Rechtsschutz	308
<b>15. Kapitel. Herausgabe von Unterlagen Privater</b>	<b>310</b>
I. Herausgabeanspruch	310
1. Rechtsgrundlagen	310
2. Voraussetzungen	310
3. Weigerung	311
a) Weigerungsrechte	311
b) Vorbeugender Rechtsschutz?	312
4. Herausgabe	314
II. Ordnungsgeld, Ordnungs- und Erzwingungshaft	314
1. Voraussetzungen	314
2. Rechtsschutz	316
III. Beschlagnahme und Durchsicherung	317
1. Zuständigkeiten	317
2. Voraussetzungen	318
3. Durchführung	320
4. Rechtsschutz	323
IV. Rückgabe	323
<b>16. Kapitel. Der Zeuge</b>	<b>324</b>
I. Funktion	324
II. Zwischen Wahrheitserforschung und politischem Kampf	325
III. Besondere Situationen	327
1. Zeugen	327
2. Besondere Formen der Erkenntnisgewinnung	330
IV. Ladung	333
1. Inhalt	333
2. Erscheinungspflicht	334
3. Rechtsschutz	335
4. Ausbleibensfolgen	336
a) Bedeutung	336
b) Anordnungsbefugnis	337
c) Voraussetzungen	337
d) Maßnahmen	340
e) Rechtsschutz	342
V. Vorbereitung der Vernehmung	343
1. Vorbereitungspflicht?	343
2. Vorbereitung öffentlich Bediensteter	345
VI. Die Vernehmung	346
1. Verhandlungsleitung	346

## Inhaltsverzeichnis

2. Eröffnung	346
3. Vernehmung zur Person	347
4. Vernehmung zur Sache	347
a) Eingangsstatement	347
b) Das Verhör	348
c) Antwortpflicht	349
5. Zurückweisung unzulässiger Fragen	351
a) Ungeeignetheit	351
b) Nicht zur Sache gehörig	353
c) Entscheidung	354
6. Verbotene Vernehmungsmethoden	355
7. Vernehmungsgegenüberstellung	356
8. Ende der Vernehmung	357
9. Änderung von Protokoll und Aussage	357
VII. Aussagegenehmigung	358
1. Erforderlichkeit	358
a) Verschwiegenheitspflicht von Beamten	359
b) Verschwiegenheitspflicht anderer „Personen des öffentlichen Dienstes“	360
c) Keine Verschwiegenheitspflicht nach § 54 StPO	360
2. Konsequenzen	361
3. Beschaffung	362
4. Rechtsgrundlagen für die Entscheidung	362
a) Entscheider	362
b) Voraussetzungen	363
c) Untersuchungsausschuss eines anderen Verbandes	364
5. Entscheidung	365
a) Erteilung	365
b) Ablehnung	365
c) Einschränkungen	366
aa) Inhaltliche Beschränkungen	366
bb) Geheimhaltungsbefreiungen	367
cc) Beschränkungen im Interesse Dritter	368
d) Formulierungsmöglichkeiten	368
6. Rechtsschutz	371
VIII. Auskunfts- und Zeugnisverweigerungsrechte	372
1. Zeugnisverweigerungsrecht aus persönlichen Gründen	372
2. Zeugnisverweigerungsrecht aus beruflichen Gründen	374
a) Bedeutung	374
b) Normgefüge	374
c) Weigerungsbefugt	375
d) Weigerungsumfang	377
e) Entbindung	379
f) Erklärungen	381
g) Mitwirkende Personen	382
3. Auskunftsverweigerungsrecht	382
a) Bedeutung	382
b) Regelungsgehalt	382
c) Verfolgungsgefahr	383
d) Weigerung	385
e) Umfassendes Auskunftsverweigerungsrecht	387
4. Glaubhaftmachung	388
IX. Verweigerungsfolgen	391

## Inhaltsverzeichnis

1. Bedeutung	391
2. Anordnungsbefugnis	391
3. Kostenauflegung, Ordnungsgeld und Ordnungshaft	391
a) Voraussetzungen	391
b) Rechtsfolgen	393
4. Erzwingungshaft	393
5. Rechtsschutz	394
X. Rechtsbeistand	394
1. Das Recht auf einen Rechtsbeistand	394
2. Gesetzliche Regelungen	395
3. Besondere Situation vor einem Untersuchungsausschuss	396
4. Rechtsstellung	397
5. Aufgaben und Rechte	398
6. Schweigerechte	401
7. Ausschluss	402
8. Vergütung	407
XI. Uneidliche Falschaussage (§§ 162 II, 153 StGB)	408
1. Bedeutung	408
2. Tatbestand	410
a) Tauglicher Täter	410
b) Aussage vor dem Untersuchungsausschuss	412
c) Falsch	412
d) Vollendung	415
e) Subjektiver Tatbestand	416
3. Konsequenzen	417
XII. Vereidigungsbefugnis	418
<b>17. Kapitel. Der Sachverständige</b>	419
I. Funktion	419
II. Bestellung	420
III. Vernehmung	421
<b>E. Verfahrensende</b>	
<b>18. Kapitel. Der Bericht</b>	423
I. Bedeutung	423
II. Arten	423
III. Inhalt	424
IV. Minderheitsrecht	426
V. Gelegenheit zur Stellungnahme	427
VI. Rechtsschutz	430
1. Ausschuss und Parlament	430
2. Private	431
<b>19. Kapitel. Das Ende</b>	434
I. Beendigungsgründe	434
II. Rechtsschutz	436
III. Rechtsnachfolge	436
<b>F. Kostenrecht</b>	
<b>20. Kapitel. Kosten und Auslagen</b>	439
I. Rechtsgrundlagen	439
II. Allgemeine Regelungen	440
1. Fahrtkostensatz	440

## Inhaltsverzeichnis

a) Öffentliches Verkehrsmittel .....	440
b) Privates Kraftfahrzeug .....	441
c) Taxi .....	442
d) Flugzeug .....	443
e) Mietwagen .....	443
2. Tagegeld .....	443
3. Übernachtungskosten .....	444
4. Sonstige Aufwendungen .....	444
III. Zeugen .....	445
IV. Sachverständige .....	446
V. Ermittlungsbeauftragte .....	446
VI. Festsetzung .....	446
Stichwortverzeichnis .....	447

  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG